

# Gemeinde investiert kräftig in Krippe und Kindergarten

Finanzausschuss Dänischenhagen: Ausgaben in Höhe von rund einer Million Euro geplant

**Dänischenhagen.** Immer wieder sind die Projekte beraten worden, teilweise auch intern. Deshalb hat der Finanzausschuss in Dänischenhagen am Dienstagabend im Wesentlichen nur an den Details gefeilt. Im Nachtragshaushalt der Gemeinde werden aber die Dimensionen deutlich, die der Neubau einer Krippe und der Ausbau der kirchlichen Kita bedeuten: Eine runde Million Euro Ausgaben schlagen zu Buche.

Von Gabi Asmus

Durch unterschiedliche Kostenanteile und Zuschüsse führte Stefan Tunn von der Amtsverwaltung den Ausschuss. Das Krippengebäude nahe der DRK-Kita an der Schulstraße wird mit Baukosten von 650 000 Euro kalkuliert. Eingeplant sind 310 000 Euro Zuschuss vom Land für die 20 Plätze. Weitere 31 000 Euro sind vom Kreis einge-

plant. Jeweils 154 500 Euro steuern die Gemeinden Dänischenhagen und Strande bei, die sich für Bau und Betrieb zusammentun. In den kirchlichen Kindergarten werden 350 000 Euro investiert: gut 182 000 Euro für eine neue Krippengruppe mit zehn Kindern, aber zusätzlich auch gut 167 000 Euro für die grundsätzliche Erweiterung. Für letztere sind bereits 78 000 Euro Zuschuss aus dem Kon-

junkturprogramm der Bundesregierung sicher, mit einem weiteren Zuschuss wird gerechnet. Jeweils 75 000 Euro für das Gesamtpaket übernehmen Kirchengemeinde und Kommune. Diese Zahlen finden sich bereits im aktualisierten Haushalt wieder.

Allerdings noch nicht die Summe, die die Gemeinde im Jahr für den Betrieb der insgesamt drei Krippengruppen zusätzlich übernehmen wird. Dies kalkulierte Tunn vorsichtig auf zwischen 60 000 und 80 000 Euro im Jahr. Der gemeindliche Anteil für die neue sechste Gruppe der DRK-Kita kommt noch dazu.

Zuschüsse und Baukosten spielen auch eine Rolle in dem Vertrag, mit dem Dänischenhagen und Strande das Krip-

penprojekt untereinander regeln. Beide Gemeindevertretungen wollen ihn am Donnerstag, 20. Mai, in ihren Sitzungen absegnen. Bedenken dagegen meldete der Ausschuss zum Vertrag mit der Kirche an. „Die Kernfrage ist immer noch nicht gelöst“, kritisierte Horst Mattig. Wenn die Vertreter von Gemeinde und Kirche in Streitfragen keine Einigung erzielen, dürfe das letzte Wort nicht allein beim Kirchenvorstand liegen. „So können wir den Vertrag nicht unterschreiben“, kam Unterstützung von Peter Backen und Dietmar Wagner. Also werden die Gemeindevertreter ihn am 20. Mai noch nicht beschließen können, merkte Ausschussvorsitzender Eckhard Sindt an.